



Ursula Groden-Kranich
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, 19.11.2018

Die deutsch-französische Zusammenarbeit stärken

Seit über 70 Jahren leben wir in Europa in Frieden und guter Nachbarschaft. Nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ist das keine Selbstverständlichkeit. Links und rechts des Rheins hat man jahrzehntelang von einer deutsch-französischen Erbfeindschaft gesprochen. Diese vermeintlich vererbte Feindschaft musste durchbrochen werden, bevor der Prozess der europäischen Einigung angestoßen werden konnte.

Mit ihrer Unterschrift unter den Elysée-Vertrag im Jahr 1963 haben Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles De Gaulle die deutsch-französischen Beziehungen auf neue Füße gestellt. Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gemeinsame kulturelle Projekte und eine Abstimmung in wirtschaftlichen Fragen legten das Fundament für die heutigen deutsch-französischen Beziehungen und letztlich für die Europäische Union: eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte!

Von Zeit zu Zeit braucht dieses Projekt aber neue Impulse. Zum 55. Jahrestag am 22. Januar 2018 haben der Deutsche Bundestag und die Assemblée Nationale deshalb beschlossen, den Elysée-Vertrag weiterzuentwickeln und die Zusammenarbeit der beiden Parlamente zu intensivieren. Die mit dieser Aufgabe betraute Deutsch-Französische Arbeitsgruppe, deren Mitglied ich bin, hat sich seitdem in regelmäßigen Sitzungen getroffen und letzte Woche die Beratungen zur inhaltlichen Ausgestaltung eines Parlamentsabkommens abgeschlossen. Das Parlamentsabkommen soll nach der Sitzung in Paris am 14. November 2018

in beiden Parlamenten bis zum Jahreswechsel durch die Fraktionen eingebracht werden und am 22. Januar 2019 in getrennt voneinander stattfindenden Sitzungen von beiden Parlamenten beschlossen werden. Inhaltlich steht dabei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Vordergrund. Die darin beschlossenen Maßnahmen verfolgen allesamt ein gemeinsames Ziel: Hürden beseitigen, Brücken bauen, den Alltag erleichtern – und damit die Menschen in den Grenzregionen näher zusammenbringen.

Um die Zusammenarbeit der beiden Parlamente zu institutionalisieren, soll zudem eine Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung gegründet werden. Die Versammlung tagt mindestens zweimal im Jahr öffentlich, in der Regel abwechselnd in Deutschland und Frankreich, unter Leitung des Präsidenten des Deutschen Bundestages und des Präsidenten der Assemblée nationale.

Die deutsch-französischen Beziehungen sind mit Blick auf die europapolitischen Herausforderungen von großer Bedeutung. Damit Europa ein Friedensprojekt bleibt, das den europäischen Nationen Wohlstand und Sicherheit gibt und seiner globalen Verantwortung gerecht wird, ist es uns als Fraktion CDU/CSU wichtig zu betonen: Europa ist ein Zusammenschluss souveräner Staaten, die selbstverantwortlich handeln aber auch solidarisch füreinander eintreten. Mit dem Parlamentsabkommen sichern wir, dass gewählte Volksvertreter auf beiden Seiten in guter Zusammenarbeit darüber wachen.